

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 178, März 2020

Ursachen für rechtspopulistische Einstellungen

Ein Überblick über den Forschungsstand

Bettina Kohlrausch und Linus Maximilian Höcker

Die Autorin und der Autor

Linus Maximilian Höcker ist Studierender des Zwei-Fach-Masters Kultur und Gesellschaft mit den Fächern Soziologie und Philosophie an der Universität Paderborn. Er ist wissenschaftliche Hilfskraft der Nachwuchsforschergruppe „Rechtspopulismus und soziale Ungleichheit“.

Bettina Kohlrausch ist Professorin für Bildungssoziologie an der Uni Paderborn. Sie leitet die HBS-geförderte Nachwuchsforschergruppe „Rechtspopulismus und soziale Ungleichheit“.

© 2020 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Ursachen für rechtspopulistische Einstellungen“ von Bettina Kohlrausch und Linus Maximilian Höcker ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Zusammenfassung.....	4
1. Einleitung	5
2. Überblick über den Forschungsstand	6
2.1 Ausmaß rechtspopulistischer und rechtsextremer Tendenzen: Empirische Befunde	6
2.2 Ökonomischer Erklärungsansatz: Rechtspopulismus als Krisenphänomen des Kapitalismus	12
2.3 Neue gesellschaftliche Spaltungen? Rechtspopulismus als Ausdruck einer Spaltung zwischen Kommunitarist*innen und Kosmopolit*innen.....	18
3. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der dargestellten Ansätze und Herausforderungen für die Forschung	23
Literatur.....	26

Zusammenfassung

Ziel des Arbeitspapiers ist es, verschiedene Erklärungsansätze für das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen vergleichend zu systematisieren. Dabei wird zwischen zwei Argumentationslinien unterschieden:

Ökonomischen Ansätzen ist gemeinsam, dass sie die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen als Ergebnis verschärfter Verteilungsauseinandersetzungen verstehen. Jedoch wird die Frage, welche Gruppen sich von diesen Prozessen besonders bedroht fühlen, unterschiedlich beantwortet. Während Vertreter*innen der sogenannten Modernisierungsverliererthese vor allem exkludierte oder unmittelbar von sozialer Exklusion bedrohte Gruppen als Träger*innen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen ausmachen, betonen andere Ansätze, die Prozesse der objektiven oder subjektiven Statusbedrohung in den Mittelpunkt stellen, dass die genannten Verteilungsauseinandersetzungen nicht nur Auswirkungen auf die „sozial abgehängten“ oder exkludierten Bevölkerungsschichten haben. Bedeutsam ist hier auch, dass sich das Gefühl der Statusbedrohung nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf Erfahrungen in der Vergangenheit und auf antizipierte Bedrohungen in der Zukunft bezieht. Da die Zukunft unter den Bedingungen grundlegender gesellschaftlicher Transformationsprozesse zunehmend kontingent ist, kann davon ausgegangen werden, dass das Gefühl der Statusbedrohung eher wächst.

Ansätze, die den Rechtspopulismus vor allem als Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie sehen, betonen hingegen, dass die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht in erster Linie auf dem Feld der Erwerbsarbeit oder ökonomischen Verteilungsauseinandersetzung geführt werden. Sie sehen Rechtspopulismus als Ausdruck einer kulturellen Auseinandersetzung. Vor dem Hintergrund von Globalisierungsprozessen gewannen Auseinandersetzungen über die Frage, welche Bedeutung regionale und nationale Kontexte für individuelle Wertorientierung, aber auch politische Regulierung, haben sollen, zu einer neuen Konfliktlinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen.

1. Einleitung

Der Einzug der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den Deutschen Bundestag stellt eine Zäsur und eine neue gesellschaftspolitische Herausforderung dar. Sie verweist auf neue gesellschaftliche Spaltungen und stellt bisher gültige Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Frage.

Die Gewerkschaften als wichtige gesellschaftliche Akteur*innen sind hier in besonderer Weise gefragt, rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien solidarische und demokratische Deutungsangebote entgegenzustellen. Empirische Befunde zeigen jedoch, dass Gewerkschaftsmitglieder bei der letzten Bundestagswahl überdurchschnittlich oft AfD gewählt haben. Zudem kam die sogenannte „Mitte-Studie“ zu dem Ergebnis, dass rechtspopulistische Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern besonders weit verbreitet sind (vgl. Küpper et al. 2019). Dieser Befund ist allerdings rein deskriptiv und vermutlich auch auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder zurückzuführen (vgl. Hilmer et al. 2017). Vor allem Personen, die sich selbst als „Arbeiter*in“ verstehen, wählen besonders häufig AfD. Dabei existieren in der Literatur verschiedene Erklärungen, womit sich dieser Befund erklären lässt. Ziel des Arbeitspapiers ist es, diese verschiedenen Erklärungsansätze für das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen vergleichend zu systematisieren.

2. Überblick über den Forschungsstand

2.1 Ausmaß rechtspopulistischer und rechtsextremer Tendenzen: Empirische Befunde

Es hat in den vergangenen Jahren verschiedene Versuche gegeben, das Ausmaß der Verbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen zu erfassen. Von zentraler Bedeutung ist hier einerseits die sogenannte Mitte-Studie, die zuletzt unter dem Titel „Verlorene Mitte – feindselige Zustände“ (Zick et al. 2019b) erschienen ist und die Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker und Brähler 2018a). Zwischen beiden Studien gibt es inhaltliche Übereinstimmungen, aber auch Abweichungen in der jeweiligen Ausdeutung der Ergebnisse, die sich allerdings nicht widersprechen, sondern gegenseitig ergänzen. Im Folgenden sollen also Überschneidungen sowie die jeweils spezifischen Befunde knapp erläutert werden. Grundlegender Konsens zwischen den Erhebenden der Studien ist, dass sich rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft wiederfinden. Rechtspopulismus wird dabei als Spielart des Rechtsextremismus definiert, in der eine Anti-Establishment-Haltung in der Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ zentral ist. Das „Volk“ allerdings besteht nicht aus der demokratischen Mehrheit, stattdessen geschieht „die Konstruktion eines homogenen ‚Volkes‘ und die Konstruktion der Bedrohung des Volkswillens durch – zumeist fremde – ‚Eliten‘“ (Decker 2018, S. 29). Dabei gilt das – vermeintlich von den Eliten betrogene – Volk als moralisch gut, während die dem Volk nicht zugehörigen Eliten ihren Gewinn auf Kosten des Volkes durch Korruption und Amoralität maximieren. Daraus ergeben sich dreierlei Haltungen: Anti-Establishment, Anti-Pluralismus und Pro-Volksouveränität. Um diesen Widerspruch zwischen Volk und Elite, darauf weist die Populismus-Forschung hin, „gruppiert sich ein Bündel variabler Vorstellungen, die nicht politisch, sondern moralisch verankert sind“, weshalb Populismus als „Ideologie ohne gesellschaftstheoretisches Substrat“ (Priester 2012, S. 3) verstanden werden kann. Daher ist er „zwingend auf eine umfassendere Ideologie angewiesen“ (Decker 2018, S. 29). Im Fall der AfD verbinde sich der Populismus durch die Verbindungen zu Pegida, den Neigungen der Vertreter*Innen zum Rassismus und auch ihr Anti-Egalitarismus zu einer „rechtsextreme[n] Weltanschauung“ (Decker 2018, S. 30). Gesellschaftlich habe der Begriff des Rechtspopulismus inzwischen die Funktion, „einen ‚Extremismus-light‘-Vorwurf“ zu

etablieren, mit dessen Hilfe Menschen, die rechtspopulistische Inhalte von sich geben, delegitimiert werden, nicht aber all diejenigen, die ihnen zustimmen. Dementsprechend gibt es Forderungen, im Falle der AfD von Rechtsextremismus zu sprechen, wenn auch nicht alle Wähler*Innen rechtsextrem sind. (vgl. Küpper et al. 2019, 177 f.; Decker 2018, 31 f.)

Auch die Mitte-Studie der FES thematisiert die Radikalisierung rechtspopulistischer Parteien (Küpper et al. 2019). Dort wird Rechtspopulismus über sechs Subdimensionen erfasst: Demokratiemisstrauen, Law-and-Order-Autoritarismus und Abwertung von „Fremden“, Muslimen, Sinti und Roma sowie Asylsuchenden. Die Autor*innen (vgl. ebd., S. 185 f.) kommen zu dem Ergebnis, dass 21,3 Prozent der Befragten deutlich zu rechtspopulistischen Einstellungen neigen und 42,3 Prozent dazu tendieren. Dabei zeigen sich sozial-strukturelle Unterschiede. Rechtspopulistische Einstellungen sind unter Personen, die überwiegend im Osten aufgewachsen sind, und Männern weiter verbreitet. Zudem finden sich starke Unterschiede im Hinblick auf das formale Bildungsniveau. Vor allem Hochgebildete (9 %) zeigen deutlich niedrigere Einstellungen als Mittel- (27 %) oder Niedriggebildete (29 %). Arbeiter*innen (33 %) zeigen häufiger rechtspopulistische Einstellungen als Angestellte (19 %), Selbstständige (13 %) oder Beamt*innen (8 %).

Die rechtsextremen Überzeugungen werden in beiden Fällen anhand von sechs Dimensionen gemessen: „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.“ (Decker 2018, S. 17 f.; vgl. Küpper/Krause/Zick 2019, S. 121, siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Rechtspopulistische Einstellungen 2018/19 in Prozent

	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	teils/teils	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur (M=5,12; SD=2,81; n=1.825; α=.69)					
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	77,6	8,7	9,8	2,1	1,8
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	54,1	11,8	12,7	8,6	12,9
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	74,5	8,3	5,8	4,7	6,7
Chauvinismus (M=7,30; SD=3,39; n=1.763; α=.78)					
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	26,4	13,5	21,6	18,2	20,3
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	42,6	18,0	22,0	10,0	7,5
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	44,0	17,6	21,0	9,6	7,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus (M=4,77; SD=2,58; n=1.685; α=.72)					
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	73,1	11,1	8,0	3,8	3,9
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	70,6	11,5	11,2	3,5	3,1
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	66,0	10,5	14,1	4,0	5,4

Fremdenfeindlichkeit (M=6,29; SD=3,25; n=1.818; α =.82)					
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	32,6	18,6	29,9	11,9	7,0
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	65,7	13,2	11,9	4,1	5,1
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	46,7	16,3	17,8	8,9	10,3
Antisemitismus (M=4,56; SD=2,60; n=1.579; α =.86)					
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	66,6	13,7	13,1	3,1	3,4
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	73,0	12,4	7,2	4,0	3,4
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	71,7	11,7	10,6	2,7	3,3
Sozialdarwinismus (M=4,71; SD=2,55; n=1.811; α =.72)					
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	66,5	15,3	12,2	2,9	3,0
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	70,7	10,9	10,8	4,2	3,4
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	70,7	10,9	10,8	4,2	3,4

Quelle: Zick et al. 2019, S. 124

Die empirische Erfassung rechtsextremer Einstellungen verläuft in beiden Studien über computergestützte Telefonumfragen anhand geschichteter Zufallsproben, die u. a. die folgenden Skalen erheben. Decker et al. (2018a, 73 ff.) nutzen die gleichen Items, kommen aber zu teilweise geringfügig abweichenden Ergebnissen.

Eine weitere wesentliche Bestimmung ist die des Mitte-Begriffs. „Mitte“ wird nicht vertikal, also zwischen unten und oben, sondern horizontal gedacht, also zwischen rechts und links. Dies stehe in der Tradition der französischen Revolution, und „[s]eitdem gilt die politische Mitte als Ort der Mäßigung – und heute als Schutzraum der Demokratie“ (Decker 2018, S. 20). „Die Mitte“ ist also ein normativer Begriff, der sich nicht durch die soziale Lage definiert, sondern durch die Einstellungen, die den gesellschaftlichen Ort darstellen, an dem „die Träger der normativen Ordnung anzutreffen sind“ (Decker 2018, S. 21):

„Mit den Koordinaten zur sozialen Lage lässt sich die Mitte beim besten Willen nicht bestimmen. [...] Man kann sagen, unser Mitte-Begriff ist eine Montage, eine Verallgemeinerungsform für empirische Befunde [...]. Weniger Abstrakt: Wir wollten die Schmach öffentlich machen, dass die demokratisch verfasste Gesellschaft nicht von den Rändern bedroht wird, sondern mitten aus ihrem scheinbar stabilen Zentrum. [...] Es ging um den Kanon an Aussagen zu sozialen und politischen Themen, die für einen breiten Teil der Bevölkerung als akzeptabel gelten, und darum, dass zu diesem Kanon die Themen der extremen Rechten gehören [...].“ (S. 24)

Die Befunde beider Studien zeigen eindeutig, dass Rechtspopulismus und -extremismus auch in der Mitte der Gesellschaft – statt wie öffentlich häufig proklamiert in prekären Umfeldern – Anklang finden. Beide Langzeitstudien zeigen zudem, dass rechte, rechtsextreme und autoritäre Einstellungen kein Novum darstellen (vgl. bspw. Decker und Brähler 2018b; Zick et al. 2019c, S. 17); allerdings ist die Zusammensetzung und die Qualität ihrer je konkreten Formen über den Verlauf der Zeit divergent. Beispielsweise ist Ausländerfeindlichkeit in den letzten Jahren zunächst zurückgegangen, jetzt aber – vor allem in Ostdeutschland – wieder prävalenter (Decker 2018, S. 18). So glauben 35,7 Prozent der Befragten, dass Migrant*innen den Sozialstaat ausnutzen; in Ostdeutschland sind es 47,1 Prozent; Kriterien der Ausländerfeindlichkeit erfüllten bundesübergreifend 2016 noch 20,4 Prozent, 2018 waren es 24,1 Prozent – für die neuen Bundesländer hat sich eine Entwicklung von 22,7 Prozent zu 30,9 Prozent ergeben (vgl. Prozentzahlen bei Decker et al. 2018a, 109 f.; ähnliche Ergebnisse finden sich bei Zick et al. 2019a).

Außerdem wird festgestellt, dass zwar konzeptuelle Zustimmung zum Konzept Demokratie vorliegt, seine Umsetzung in der Praxis aber mit Unzufriedenheit aufgenommen wird (vgl. bspw. Schröter 2019, S. 11).

Des Weiteren zeigen beide Studien erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, z. B. im Hinblick auf das Gefühl, durch den Staat unterdrückt oder auch vernachlässigt bzw. nicht vertreten zu werden. So fühlen sich Ostdeutsche beispielsweise weniger in ihren Bürger*innenrechten anerkannt und häufiger als Mensch zweiter Klasse (Ost: 33,6 %, West: 28,2 %) oder haben häufiger das Gefühl, ihre Rechte bestünden nur auf dem Papier (Ost: 40,0 %, West 33,6 %) (vgl. Decker et al. 2018b, S. 166). Gleichzeitig befürchten sie häufiger, keine Altersabsicherung zu haben (Ost: 54 %, West 35 %) und halten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für nicht vertrauenswürdig (Ost: 19 %, West: 11 %).

Zwischen den Studien bestehen jedoch trotz aller Parallelen einander ergänzende Unterschiede, die sich schon aus den jeweiligen Titeln ihrer aktuellsten Veröffentlichungen ableiten lassen. So suggeriert der Titel „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ der Publikation vom Forschungsteam um Andreas Zick, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert wurde, die Normalisierung rechten Gedankenguts in der Mitte, die sich dadurch zu verlieren droht. „Flucht ins Autoritäre“ hingegen beschreibt, inwiefern der Autoritarismus mit Bezug auf Horkheimer sich immer weiter in die Konstitution der Beherrschten einschleift, sodass die Kontrolle mehr und mehr Teil der Subjekte wird (vgl. Decker, S. 35 ff.). Zudem gibt es innerhalb der Studien unterschiedliche Schwerpunkte beispielweise in Bezug auf die Ursachen der Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. So findet sich in Zick et al. (2019a) eine Abhandlung zu Verschwörungsmmythen, die durch die Disposition der Abkopplung vom demokratischen Diskurs als Störfaktor des gesellschaftlichen Zusammenhalts interpretiert werden. Sie bieten ein exklusives Wissen, das ihre Anhänger*innen gegen Informationen aus vermeintlichen Verschwörer*innenkreisen immunisiert – zumal die als Verschwörer*innen erachteten meist auch hier Etablierte sind, die ihre Macht durch den Betrug des Volkes erlangt haben (vgl. Rees und Lamberty 2018). In der Leipziger Studie wird hingegen die zentrale Rolle von Anerkennung als Kohäsionsfaktor (vgl. Decker et al. 2018b), der die autoritär unterworfenen und sich unterwerfenden Subjekte auffangen könnte, betont. Doch auch hier besteht auf globaler Ebene eine Form des Konsenses zwischen den Erhebenden der beiden Studien: Die normative Mitte muss durch Diskurs (wieder) an ihr aufklärerisches und gemeinschaftsstiftendes demokratisches Potenzial zurückgebunden werden.

2.2 Ökonomischer Erklärungsansatz: Rechtspopulismus als Krisenphänomen des Kapitalismus

Der ökonomische Erklärungsansatz betont vor allem ökonomische Entwicklungen und versteht Rechtspopulismus als kapitalistisches Krisenphänomen (vgl. Dörre 2016; Dörre et al. 2016; Dörre et al. 2018). Prominent wird diese These u. a. von Dörre im Kontext des DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“ der Universität Jena (vgl. Dörre 2009, 2017; Dörre et al. 2012) entwickelt. „Der Kapitalismus befindet sich wahrscheinlich in seiner tiefsten Krise seit 1929/1933, führende Repräsentanten der ökonomischen Eliten sorgen sich um den Bestand des Systems und im Alltagsbewusstsein, das sich in Leserbriefen offenbart, ist die Profitwirtschaft bereits in toto desavouiert.“ (Dörre 2009, S. 181) Ausgangspunkt ist ein Verständnis moderner Gesellschaften als „dynamische Wachstumsgesellschaften“ (Dörre et al. 2011, S. 1; Sauer und Detje 2019), die sich mit einer ökonomisch-ökologischen Doppelkrise konfrontiert sehen. Einerseits legitimieren und stabilisieren sich moderne Wachstumsgesellschaften über „die Generierung permanenten Wirtschaftswachstums“ (Dörre 2017, S. 37). Andererseits scheine ein Bruch mit eben dieser Wachstumslogik – und damit auch der Legitimationsprinzipien ebenjener Gesellschaften – aufgrund der Limitation ökologischer Ressourcen unvermeidbar. Dies berge das Risiko sozialer Verwerfungen, weshalb die Idee einer Postwachstumsgesellschaft „alles andere als eine ferne und noch dazu positiv besetzte Utopie“ (2017, S. 33) sei.

Vor dem Hintergrund dieser Krise fungieren rechtspopulistische Deutungsangebote als eine Umdeutung der sozialen Frage und von milieuübergreifenden Verteilungskämpfen; „oben“ und „unten“ werden zu einem identitätsstiftenden „innen“ und einem exklusiven „außen“ (vgl. Dörre 2016, S. 265). Wachsende Standortkonkurrenz, die in den Betrieben schon seit Jahren thematisiert wird und zu betrieblichen Reorganisationsprozessen und entsprechenden Unsicherheiten geführt haben, bieten für diese Deutung diskursive Anknüpfungspunkte (vgl. Sauer und Detje 2019; Schroeder et al. 2019). Für diese Perspektive auf das Erstarken rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen ist das Primat der Ökonomie zentral, auch wenn Vertreter*innen dieses Erklärungsansatzes einräumen, dass monokausale Erklärungsansätze zu kurz greifen (vgl. Dörre et al. 2018). Rechtspopulismus sei dementsprechend also als „eine Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes, die von Lohnabhängigen getragen wird und bei Arbeitern und Arbeitslosen auf überdurchschnittliche Zustimmung stößt“ (Dörre 2016, S. 261) zu

verstehen. Gegenläufige Interpretationen, die die AfD, PEGIDA und andere auch internationale Bewegungen parlamentarischer oder nichtparlamentarischer Art als bloße Normalisierungsprozesse der politischen Landschaft verstehen, lehnt Dörre (vgl. ebd., S. 260) entschieden ab.

Ähnlich argumentiert auch Manow (2018, S. 15 ff.), auch wenn er die Krise des ökonomischen Systems nicht unbedingt als Wachstumskrise begreift, sondern als Folge der Globalisierung und als Krise der Integration nationaler Ökonomien in größere institutionelle Kontexte. Sein Augenmerk liegt hier auf der europäischen Integration. Dabei argumentiert er, dass die durch Globalisierung und europäische Integration ermöglichte freie Bewegung von Gütern, Geld und Personen abhängig von der jeweiligen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes und Sozialstaates unterschiedliche populistische Abwehrreaktionen zur Folge habe.

„Der Vorschlag lautet also, sich auf eine Betrachtung der verschiedenen Kapitalismen einzulassen, um die unterschiedlichen Populismen zu erklären. Aus dieser Perspektive scheint der südeuropäische Linkspopulismus eine Reaktion auf eine Krise eines Wachstumsmodells zu sein, das eigentlich nationale geldpolitische Souveränität zur Nachfragestimulierung benötigen würde, eine Souveränität, die mit der Einführung des Euro aufgegeben wurde. Der Rechtspopulismus des nördlichen Europas erscheint im Gegensatz dazu nicht als eine Reaktion auf die Verteilungsfolgen durch den Verlust der nationalstaatlichen Souveränität über Geld, sondern auf die Verteilungsfolgen durch den Verlust nationalstaatlicher Souveränität über Grenzen.“ (Manow 2018, S. 37)

Die jeweils spezifische Verknüpfung von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat, die politische Ökonomien prägen, scheint somit unter den Bedingungen eines globalen Kapitalismus unter Druck zu geraten. Als wesentliche Globalisierungsprozesse identifiziert er in diesem Zusammenhang „Handel und Migration“. Kernargument Manows (2018, S. 61 ff.) ist, dass Verteilungskonflikte in den wenig flexibilisierten Arbeitsmärkten des Südens eher durch freien Handel und in den universalistischeren Wohlfahrtsstaaten des Nordens eher durch Migration hervorgerufen werden.

Auch Heitmeyer (2018) führt das Erstarken des Rechtspopulismus auf die Entwicklung des globalen Kapitalismus zurück. Er betont vor allem die Bedeutung politischer Kontrollverluste:

„Der globalisierte Kapitalismus hat in den letzten Jahren zunehmend autoritäre Züge angenommen und einen immensen Kontrollgewinn für ökonomische Akteure mit sich gebracht, welcher mit Kontrollverlusten für nationalstaatliche, demokratisch legitimierte Politik einhergegangen ist. Diese weitgehend ungehinderte Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen führt sowohl zu sozialer Desintegration als auch zu Demokratieentleerung und politischer Entfremdung seitens der Bevölkerung(en).“ (Heitmeyer 2018, S. 27)

Diese Entwicklungen führten dazu, dass wachsende Teile der Bevölkerung Desintegrationserfahrungen machten, was zu „Anerkennungsver-

lusten bzw. Anerkennungsbedrohungen“ und zu einer zunehmenden „Folgebereitschaft für autoritäre Angebote“ (ders, S. 148) führe. Desintegrationserfahrungen können dabei in drei Dimensionen gemacht werden: Hinsichtlich der „Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern“ („sozialstrukturelle Dimension“), des „Ausgleichs konfligierender Interessen durch Kommunikation“ („institutionell-partizipative Dimension“) und der „Herstellung individueller Unterstützung und sozialer Zugehörigkeit“ („personale Dimension“) (ders, S. 149).

Trotz der aufgezeigten Unterschiede stehen Verteilungskonflikte und ökonomische Folgen des sozialen Wandels im Zentrum dieser Erklärungsansätze. Unterschiede der Ansätze zeigen sich aber vor allem hinsichtlich der Frage, welche sozio-ökonomischen Gruppen von diesen Verteilungskämpfen im besonderen Maße betroffen und daher auch besonders anfällig für rechtspopulistische Angebote sind. Hier lassen sich verschiedene Erklärungen unterscheiden, die sich allerdings nicht zwangsläufig ausschließen.

Die Modernisierungsverliererthese

Die Modernisierungsverliererthese geht davon aus, dass gesellschaftliche Modernisierungsprozesse neue Ungleichheitsmuster und damit auch Gewinner*innen und Verlierer*innen dieser Prozesse hervorbringen. Die damit verbundene Deprivation „[...] kann sich auf materielle Inhalte (z. B. Einkommens – und Vermögensarmut, Arbeitslosigkeit, niedriger sozio-ökonomischer Status) beziehen, aber auch auf immaterielle (z. B. Prestige, soziale Exklusion)“ (Spier 2010, S. 60).

Zentral ist jedoch die Annahme, dass eine reale Verschlechterung der sozialen Lage als Folge von Modernisierungsprozessen zu einer höheren Bereitschaft führt, rechts- oder populistische Parteien zu wählen. Insbesondere die unteren sozialen Schichten seien aufgrund der Globalisierung und des Rückbaus der Sozialstaaten in vielen westlichen Ländern in den vergangenen 20 Jahren zunehmend von Wohlstandsverlusten betroffen und fühlten sich in ihren Belangen in öffentlichen Diskursen nicht mehr angemessen vertreten (vgl. Eribon 2016; Nachtwey 2016). So gibt es auch für Deutschland zahlreiche empirische Belege dafür, dass die AfD häufiger in den unteren sozialen Schichten gewählt wird (vgl. z. B. Lux 2018; Hilmer et al. 2017).

Dörre (2016, S. 226) unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen „konformistischen“, ‚konservierenden‘ und ‚rebellischen‘ Orientierungen“ (Dörre 2016, S. 262). Für – tendenziell von sozialer Exklusion bedrohte – Modernisierungsverlierer*innen, „Arbeitslose [...] und prekär

beschäftigte“ (ebd.), die Dörre dem rebellierenden Typus zuordnet, machen rechtspopulistische Narrative das Angebot einer eigenen positiv besetzten Zugehörigkeit in Abgrenzung zum anderen.

Eribon (2016) sieht in der Wahl von Rechtspopulisten einen „Akt der Notwehr“ unterprivilegierter Schichten, um sich und ihren sozialen Interessen öffentlich Gehör zu verschaffen. Populismus wäre dann eine alternative Form von Kollektivierung, die die Lücke füllt, die die traditionellen Sprachrohre der Arbeiterschaft, wie z. B. die Sozialdemokratie, hinterlassen haben. Rechtspopulismus kann so auch als Ausdruck einer Repräsentationskrise verstanden werden (vgl. Sauer und Detje 2019).

Die Bedeutung des sozialen Status

Über den vergleichsweise engen Fokus auf die aktuellen Verlierer*innen ökonomischer und sozialer Wandlungsprozesse gehen Erklärungen hinaus, die betonen, dass nicht soziale Ausgrenzung, sondern soziale Unsicherheit (Statusängste) ein wesentlicher Treiber der Präferenz für rechtspopulistische Parteien ist. Es geht also weniger um die reale Erfahrung sozialer Ausgrenzung, sondern eher um die Angst vor dem sozialen Abstieg. Die soziologische Forschung hat gezeigt, dass Abstiegsängste und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zunehmend auch die Mitte der Gesellschaft erreicht haben (vgl. auch Kohlrausch 2018), was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass das Wachstum der Mittelschicht und das damit verbundene Aufstiegsversprechen für weite Teile der Bevölkerung zu einem Ende gekommen ist (vgl. beispielsweise Burkard et al. 2013). Die Affinität zu rechtspopulistischen Parteien könnte dann auch als Schließungsstrategie der sich vom sozialen Abstieg bedroht fühlenden Mittelschichten verstanden werden (Burzan 2014: 23). So argumentiert auch Manow, dass sich in Deutschland vor allem Arbeitsmarktinsider durch Fluchtmigration bedroht fühlten und daher besonders anfällig für populistische Angebote seien (vgl. Manow 2018; S. 64 und 65; S. 70 ff.). Das auch für Deutschland typische „nordische Produktionsmodell“ (ders., S. 64), welches auf hohe Produktivität, hohe Wettbewerbsfähigkeit und hohe Exportorientierung setze und von dem vor allem Arbeitsmarktinsider profitierten, gerate durch Migration unter Druck.

„Migration auf hohem Niveau macht diesen Zusammenhang zu einer Art Sollbruchstelle dieser Politischen Ökonomie, die rechtspopulistisch ausgebeutet werden kann und auch wird.“ (Manow 2018, S. 65)

Dörre (2016) spricht in diesem Zusammenhang von „konservierenden Orientierungen“ die meist bei „formal gut integrierten Beschäftigten“ (ebd.: 263) zu finden sind. Ressentiments dienen hier zur Erhaltung der eigenen gesellschaftlichen Position angesichts eines drohenden sozialen Abstiegs oder der Angst vor einem solchen Abstieg. Dabei sollen die Versprechen des Sozialkapitalismus gewahrt werden, indem ethnisch, national oder kulturell Andere aus der Gruppe der Anspruchsberechtigten ausgegrenzt werden. In diesem „reaktiven Nationalismus“ paart sich ein rudimentärer Klasseninstinkt mit einer Mischung aus Missgunst und Verachtung“ (ebd., S. 263) für sozial knapp unterhalb oder oberhalb der eigenen Position Stehende, die für die eigene Missslage verantwortlich gemacht werden. An diese Orientierung ist ein Kommunikationsmodus national-sozialer Deutungsmuster anschlussfähig. Dieser formuliert einen „Rassismus ohne Rassen“ (ebd., S. 265), indem der Kulturbegriff naturalistisch verwendet und aggressiver Ethnopluralismus propagiert wird. Dies dient als Vorlage für die Behauptung eines Verteilungskampfes von Innen und Außen, „zwischen ‚deutschem Volk‘ und ‚migrantisches Invasoren‘“ (ebd.), die sich nach Rhetorik der Rechtspopulisten um Umvolkung und eine feindliche Landnahme bemühen. So werden Geflüchtete als Zugehörige einer niederen Zivilisationsstufe und als Generalverdächtige dargestellt (vgl. ebd., S. 266 f.). Für Argumentationsmuster dieser Art sind Lohnabhängige empfänglicher, je auswegloser und ungerechter Verhältnisse empfunden werden. Insbesondere Personen, die sich durch die gültigen Wettbewerbslogiken dauerhaft auf die Probe gestellt fühlen, seien anfällig für ein exklusives Verständnis von Solidarität: „Ständige Bewährungsproben begünstigen ein Verhalten, das auf exklusive Solidarität, auf eine kollektive Abwertung sozialer Gruppen durch Andere hinausläuft.“ (ebd., S. 267 f.)

Konformistische Orientierungen hingegen seien „bevorzugt in höheren, abgesicherten beruflichen Positionen“ (ebd.) vertreten. Diese verstehen den Nationalstaat entsprechend dem marktzentrierten Gesellschaftswandel als gemeinsame, nach dem Leistungsparadigma agierende Gruppe, zu der nur gehört, wer entsprechende Leistung abrufen – in diesem Sinne ist für die Konformist*innen auch Integration nur einseitig als Assimilation an die als leistungsbereit empfundene deutsche Gesellschaft denkbar: „Wer solchen Leitvorstellungen nicht entspricht, läuft Gefahr, als nicht integrationsfähig, mithin ausgrenzbar, abqualifiziert zu werden.“ (ebd., S. 264)

Anschlussfähigkeit an gewerkschaftliche Orientierungen

Bei der letzten Bundestagswahl haben 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder (im Vergleich zu 12,5 % der Gesamtbevölkerung) AfD gewählt (DGB 2017). Das wirft die Frage auf, warum rechtspopulistische Deutungsmuster für Gewerkschaftsmitglieder attraktiv sind. Dörre argumentiert in diesem Zusammenhang, dass gerade konformistische Orientierungen unter Mitgliedern von Gewerkschaften durchaus anschlussfähig seien (vgl. Dörre 2016). Rechte Orientierungen in Gewerkschaften seien vor allem bei Neumitgliedern „gerade auch im Osten“ (Dörre 2016., S. 270) zu finden. Für diese Gruppe charakterisierend ist, dass sie erfahrene Verteilungsungerechtigkeiten nicht passiv hinnehmen wollen und für sie gewerkschaftliche Eingebundenheit demnach kein Wert an sich, sondern Mittel zum Zweck ist, die eigene sozioökonomische Lage zu verbessern (vgl. ebd.). Dörre sieht hier auch Potenziale: „Offenbar gehören die Gewerkschaften zu den wenigen demokratisch-zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die frustrierten Arbeitnehmerschichten der Republik überhaupt noch erreicht.“ (ebd., S. 270) Dementsprechend weist er auf die Aufgabe von Gewerkschaften hin, in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen nicht als „Establishment-Organisation“ (ebd.) wahrgenommen zu werden und gleichzeitig der Konfrontation standzuhalten. Insbesondere durch diese Formationen und neuen Führungspersonen habe die neue Rechte nun bedrohliche Handlungsvoraussetzungen:

„Die neue Rechte hat Massenhug und mit jedem Tabubruch erweitert sie das Terrain und den Handlungsspielraum auch für die militante Rechte. [...] Das Zusammenspiel von militanten Neo- und Proto-Faschisten, parlamentarischem Rechtspopulismus und begünstigenden Staatsapparaten erzeugt eine neue national-soziale Gefahr. Diese Gefahr entsteht daraus, dass der zeitgenössische National-Sozialismus als radikale Variante der ‚Volksmeinung‘ erscheint. [...] Auch die indifferenten ‚Wutbürger‘ finden nichts dabei, ihre PEGIDA-happenings mit Alt- und Neo-Faschisten zu beheben. So wird der National-Sozialismus zu einer Meinung unter anderen, wie sie in einem Konzert pluraler Stimmen eben immer auftritt. [...] Von solcher Duldsamkeit ist es nur noch ein kleiner Schritt hin zu jenen Vigilanten, die Gewalt gegen Geflüchtete als legitime Selbstjustiz begreifen, die den Willen der Mehrheit praktische Tat werden lässt.“ (Dörre 2016., S. 270)

2.3 Neue gesellschaftliche Spaltungen? Rechtspopulismus als Ausdruck einer Spaltung zwischen Kommunitarist*innen und Kosmopolit*innen

Ein weiterer Strang der soziologischen und politikwissenschaftlichen Literatur begreift das Erstarken der AfD als Ausdruck der Entstehung einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen sogenannten „Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen“.

Eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie

Autor*innen, die sich diese Deutung zu eigen machen, gehen davon aus, dass hier eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie entsteht, die vorherige Spaltungslinien zumindest teilweise ablöst:

„Man kann – wie das vor allem der Politikwissenschaftler Stein Rokkan gemacht hat – die Geschichte der politischen Systeme in Europa als eine solche Abfolge von ‚cleavages‘ (Konfliktlinien) lesen: Gegensätze zwischen Katholizismus und Protestantismus, zwischen Peripherie und Zentrum, zwischen Agrarwirtschaft und Industrie.“ (Zürn 2016, S. 7)

Wesentliches Argument des Cleavage-Ansatzes ist, dass sozialstrukturelle Spaltungen sowohl auf der Ebene der politischen Repräsentation als auch der Ebene von Werten und Normen gesellschaftliche Entsprechungen finden.

„In other words, the shift from society to politics occurs when a particular social divide [structural component] becomes associated with a particular set of values or identities [normative component], and when this is then brought into the political world, and made politically relevant by means of an organized party or group [organizational component].“ (Mair nach Zürn und Wilde 2016, S. 283)

Im Falle der Klassenfrage findet der Gegensatz zwischen den Klassen seine Entsprechung in dem Widerspruch zwischen liberalen und marxistischen Theorien, welche in simplifizierter Form ihren Eingang in politische Ideologien und Parteiprogramme gefunden haben (vgl. Zürn und Wilde 2016, S. 283). In diesem Zusammenhang verweisen Zürn und Wilde (2016) darauf, dass bestimmte sozialstrukturelle Muster erst im Rückgriff auf die entsprechenden normativen Rahmungen ihre spezifische Deutung erhalten, wenn z. B. das Verhältnis von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen als Ausdruck des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit interpretiert wird. Im Hinblick auf die Konfliktli-

nie zwischen Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen löse diese nun, vor allem als Reaktion auf Globalisierungsprozesse, die für das Industriezeitalter dominierende Spaltung zwischen liberalen und sozialistischen Ideologien bzw. zwischen Kapital und Arbeit ab (vgl. Zürn und Wilde 2016, S. 281). Auch diese vermeintliche neue gesellschaftliche Konfliktlinie hat eine sozialstrukturelle, eine politische und eine normative Dimension:

Auf der normativen Ebene fokussiert die Konfliktlinie entlang der grundlegenden Frage, wie sich Recht und Gerechtigkeit in einer denationalisierten Welt aufrechterhalten, durchsetzen bzw. wiederherstellen lassen (vgl. ebd., S. 291). Politisch strukturiert sich die Auseinandersetzung entlang vier grundlegender Fragen (vgl. ebd., 288 ff.):

1. Die Durchlässigkeit von Grenzen: „Wie offen sollten nationale Grenzen für Handel, für Menschen, für Ideen und auch für Emissionen sein?“ (Zürn 2016, S. 8)
2. Die Verortung von politischer Autorität: „Auf welcher politischen Ebene sollen die entsprechenden politischen Entscheidungen getroffen werden? Auf der nationalen Ebene, im Rahmen der nationalen politischen Systeme, oder auf der Ebene jenseits des Nationalstaates, also auf der Ebene regionaler Integrationsräume oder globaler Organisationen?“ (ebd.)
3. Die Bedeutung lokaler Kontexte: Welche Rolle spielen lokale Kontexte für die Herausbildung einer Identität und für die Entstehung moralischer und ethischer individueller Verpflichtungen? „Part of this conflict therefore [...] reflects the identity politics of who we are, who belongs to which ‘in-group’ and which ‘out-group’ and which constitutive identity presents us with what moral guide-line.“ (Zürn und Wilde 2016, S. 291)
4. Rechtfertigung von demokratischen Entscheidungen: Dieser Konflikt adressiert die Auseinandersetzung zwischen individuellen Ansprüchen (auch Minderheitenrechten) und kollektiven Bedürfnissen, also dem Verhältnis von Mehrheitskultur und universellen Individualrechten (vgl. Zürn 2018, S. 8).

Die inhaltliche Abgrenzung zu den Ansätzen, die im vorherigen Kapitel beschrieben wurden, bezieht sich nun auf die sozialstrukturelle Anbindung dieses Konfliktes, die – so die Annahme – jenseits der Klassenfrage (s. o.) verortet sei. So deutet Koppetsch (2019) das Erstarken des Rechtspopulismus als Ausdruck eines Kulturkonfliktes, der unter den Bedingungen der Transnationalisierung des sozialen Raumes eine neue Zuspitzung erfahren hat. „Dabei ist es zu einer Neubewertung der Kapitalausstattung und Destinktionsordnung gekommen.“ (Koppetsch 2019,

S. 108) Im Rückgriff auf Bourdieu argumentiert sie (2017, S. 9 f.), dass Teile der Bevölkerung die notwendigen habituellen Anpassungsleistungen, die die skizzierten gesellschaftlichen Transformationen mit sich bringen, nicht leisten können.

„Denn in Zeiten des beschleunigten Wandels vervielfältigen sich nicht nur Anpassungsbestrebungen, sondern auch die Trägheitsmomente. Diese zeigen sich z. B. im Überdauern klassischer Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit in der Familie. Auch für den Rechtspopulismus liegt die Vermutung nahe, dass er sich aus Gruppen speist, deren inkorporierte Werte und Weltsichten in der ein oder anderen Form erschüttert worden sind.“ (ebd.; ähnlich argumentiert auch Hochschild 2018)

Wesentliche Triebfeder des Rechtspopulismus sei demnach das Gefühl einer Deklassierung, die nicht (nur) auf sozialen, sondern vor allem auf kulturellen Erfahrungen fußt. Damit scheinen sich gesellschaftliche Konflikte stärker als im industriellen Zeitalter auf eine symbolische bzw. kulturelle Ebene (vgl. Reckwitz 2018) verlagert zu haben. Kulturelles Kapital, insbesondere solches, welches transnational verwertbar und stärker auf „transdisziplinäre und transkulturelle Vernetzung“ (Koppetsch 2019, S. 111) ausgelegt ist, wie z. B. Auslandsaufenthalte, spiele dabei eine besondere Rolle. Dabei negiert Koppetsch einerseits nicht die Kopplung von ökonomischem und kulturellem Kapital und damit eine – allerdings kaum präzierte – materielle Grundierung des Konflikts. Andererseits verweist sie auf neue horizontale Konfliktlinien, da diese Verschiebung eben auch zur Abwertung traditioneller, eher auf nationale Arbeitsmärkte ausgerichteter, akademischer Qualifikationen geführt haben (vgl. Koppetsch 2019, S. 112).

Sozialstrukturelle Anbindung von Kosmopoliten und Kommunitaristen

Empirisch wird diese Annahme einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie häufig mit der empirischen Beobachtung begründet, dass rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien von allen gesellschaftlichen Milieus – und eben nicht nur den unteren gesellschaftlichen Schichten – unterstützt würden (für empirische Belege siehe z. B.: Vehrkamp und Wegschaidt 2017). Während sozialstrukturelle Charakteristika wie Bildungshintergrund oder soziale Schicht nur eine geringe Erklärungskraft in Bezug auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien hätten, könne die Haltung zu kulturellen Fragen, wie z. B. der Migration, sehr viel besser erklären, warum Menschen zu rechtspopulistischen oder rechtsextremen Einstellungen neigten (Lengfeld 2017b). So argumentiert Lengfeld, dass

die Stimmengewinne der AfD bei der Bundestagswahl 2017 eher einen kulturellen Konflikt um Errungenschaften gesellschaftlicher Modernisierung, wie z. B. die Gleichberechtigung von Homosexuellen oder einen zunehmenden Multikulturalismus und Kosmopolitismus, widerspiegeln. Im Kontext dieses Kulturkampfes wird auch die Ablehnung der Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel verortet. Er konstatiert (2017a) in Bezug auf die Motive von AfD-Wähler*innen bei der Bundestagswahl 2017:

„Es geht ihnen um die grundsätzliche Frage, wie die Gesellschaft und das Land in Zukunft aussehen sollen. Wir haben es mit einer offenbar nicht geringen Minderheit der Bevölkerung zu tun, die die kulturellen Veränderungen der vergangenen Jahre zutiefst ablehnt.“

Ein weiterer Einwand gegen den ökonomischen Erklärungsansatz ist, dass dieser implizit davon ausgeht, dass es den Anhänger*innen und Wähler*innen rechtspopulistischer und rechtsradikaler politischer Bewegungen und Parteien gar nicht um das jeweilige politische Programm gehe, sondern letztlich um Verteilungsfragen. Koppetsch (2019, S. 100) sieht darin die Gefahr einer Verharmlosung:

„Das Argument, die Rechtsparteien seien in Wirklichkeit gar nicht rechts [...] und würden in Wirklichkeit einer Agenda der sozialen Benachteiligung folgen, erscheint in diesem Zusammenhang apologetisch. Es spricht den Anhängern zudem eine politische Urteilsfähigkeit ab und neutralisiert ihre politischen und gesellschaftlichen Ansichten.“

In Bezug auf die Frage der sozialstrukturellen Anbindung der gesellschaftlichen Bruchlinie zwischen Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen geben ihre Vertreter*innen unterschiedliche Antworten:

Während einige Autor*innen, wie z. B. Lengfeld (vgl. 2017a; 2017 b), sozio-ökonomischen Faktoren keine große Erklärungskraft einräumen, betonen andere, dass diese auch in der kulturellen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Modernisierungsprozesse durchaus von Bedeutung seien:

„Die nostalgische Schließung gegenüber der kulturellen Modernisierung war dann die fast folgerichtige – und hilflose – Reaktion einer weniger gebildeten, vor allem männlichen Unter- und (unteren) Mittelschicht. Diese sieht sich als Verlierer der kulturellen Moderne.“ (Merkel 2016, S. 12)

Auch Vehrkamp und Wegschaider (2017) verorten die AfD-Wähler*innen überwiegend in Milieus, die sie als modernisierungsskeptisch einordnen. Diese Skepsis speist sich sowohl aus Werthaltungen als auch materiellen Motiven.

Im Hinblick auf die sozialstrukturelle Dimension der gesellschaftlichen Bruchlinie zwischen Kommunitarist*innen und Kosmopolit*innen ist also

die Annahme zentral, dass für das industrielle Zeitalter entscheidende Bestimmungsfaktoren der sozialen Position, wie Berufsstellung oder Bildung, für die Positionierung entlang der neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien an Relevanz verloren haben. Vielmehr hätten sich neue horizontale gesellschaftliche Konfliktlinien ergeben und zwar zwischen denjenigen, „die Resonanz und Anerkennung erfahren sowie Selbstgewissheit ausstrahlen, weil sie über ihre Existenzbedingungen verfügen können, und denjenigen, deren Selbstgewissheiten und Kontrollmöglichkeiten bedroht sind oder den Zugriff darauf verloren haben“ (Koppetsch 2019, S. 27).

Die Spaltung zwischen Kommunitarist*innen und Kosmopolit*innen eröffnet nun neue Spielräume für rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien, weil die Spaltung auf der Ebene der politischen Repräsentation bislang keine Entsprechung fand, da sie quer zum etablierten links-rechts-Schema und damit auch inmitten der beiden Volksparteien, CDU und SPD, verlaufen. Somit entstehe hier eine Lücke oder Uneindeutigkeit in der politischen Repräsentation, die von den genannten neuen politischen Akteur*innen gefüllt werde (Zürn 2018; Merkel 2016).

Zudem machen rechte Parteien all jenen Milieus, die sich durch die angenommene kosmopolitische liberale Hegemonie deklassiert fühlen, ein politisches Angebot. Insbesondere das von Rechten bespielte Migrations- (Anti-Islam) und das Genderthema eigneten sich hier als politische Klammer.

„Beide Diskurse [...] zielen auf die Festschreibung sozialer Hierarchien. [...] Die konservative Oberschicht forciert im Diskurs um Anti-Islam und Anti-Genderismus somit eine Form der symbolischen Selbstbehauptung, die in der radikalen Verteidigung sozialer Hierarchien besteht [...] Eine ganz andere Bedeutung kommt dem Topos der Islam- und Migrationskritik bei den strukturbenachteiligten [...] Milieus zu. In diesen Milieus übernimmt die Islam- und Migrationskritik die Funktion, eine identitätsstiftende Gemeinschaft (>das Volk<) gegenüber Außenseitern zu verteidigen.“ (Koppetsch 2019, S. 140)

3. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der dargestellten Ansätze und Herausforderungen für die Forschung

Die verschiedenen Ansätze zeigen einige Übereinstimmungen: Gemeinsam ist ihnen die Feststellung, dass Rechtspopulismus ein Phänomen ist, welches nicht nur an den gesellschaftlichen Rändern zu finden ist. Empirisch wird dies in den beiden „Mitte-Studien“ (vgl. Absatz 2.1.) belegt, die klar zeigen, dass die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen kein Phänomen der politischen Ränder ist. Beide Studien stimmen mit der Feststellung einer weiten Verbreitung und tiefen gesellschaftlichen Verankerung des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus überein. Der Mitte-Begriff wird dabei nicht aus einer sozialstruktur-analytischen Perspektive hergeleitet, sondern politisch gefasst. Wesentlicher Befund beider Studien ist hier, dass Positionen, die eher rechtsextremen oder rechtspopulistischen Weltbildern zuzuordnen sind, sich auch bei Personen wiederfinden, die sich selbst politisch in der Mitte verorten. Gemeinsam ist den Forschungsansätzen weiterhin, dass sie das Erstarken des Rechtspopulismus als Reaktion auf ökonomische und gesellschaftliche Transformationsprozesse erklären. Insbesondere Globalisierungsprozesse hätten zur Folge, dass gängige Prinzipien der sozialen Absicherung, der kulturellen Teilhabe oder der politischen Repräsentation nicht mehr als gesellschaftliche Integrationsangebote funktionieren. Sowohl in empirischer als auch in theoretischer Hinsicht gibt es jedoch Unterschiede hinsichtlich der Erklärung für die weite Verbreitung rechtspopulistischer Deutungsmuster.

Ökonomischen Ansätzen ist gemeinsam, dass sie die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen als Ergebnis verschärfter Verteilungauseinandersetzungen verstehen. Es gibt allerdings unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bei der Definition der Ursachen für die Verschärfung dieser Verteilungskonflikte. Während Dörre (2016) das Ende des deutschen Wachstumsmodells vor allem aufgrund ökologischer Transformationsprozesse als Hauptursache ausmacht, stellt Manow (2018) die Grenzen der nationalen Regulierungsmechanismen politischer Ökonomien unter den Bedingungen einer globalen Wirtschaft in den Vordergrund. Migrationsprozesse führten, so die Argumentation, zu einer Verschärfung dieser Konflikte. Entweder weil das ökonomische Modell durch sie tatsächlich unter Druck gerate (siehe Argumentation von Manow) oder, weil es Rechtspopulisten erfolgreich gelinge, die sich verschärfende Auseinandersetzung zwischen „oben“ und „unten“ in eine

zwischen „innen“ und „außen“ umzudeuten (siehe Argumentation von Dörre). In allen genannten Deutungen wird jedoch mehr oder weniger implizit davon ausgegangen, dass rechtspopulistische Angebote ihren Erfolg in erster Linie auf der Mobilisierung des Migrationsthemas aufbauen. Dies ist eine Leerstelle dieser Ansätze, da die Bedeutung anderer gesellschaftlicher Konflikte und gesellschaftlicher Transformationsprozesse, wie z. B. die Frage der Klimapolitik und die Bedeutung der Distanz und des Misstrauens in demokratische Institutionen nicht systematisch mit in die Analysen miteinbezogen werden.

Unterschiede gibt es hier hinsichtlich der Frage, welche Gruppen sich von diesen Verteilungsauseinandersetzungen besonders bedroht fühlen. Während Vertreter*innen der sogenannten Modernisierungsverliererthese vor allem exkludierte oder unmittelbar von sozialer Exklusion bedrohte Gruppen als Träger*innen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen ausmachen, betonen andere Ansätze, die Prozesse der objektiven oder subjektiven Statusbedrohung in den Mittelpunkt stellen, dass die genannten Verteilungsauseinandersetzungen nicht nur Auswirkungen auf die „sozial abgehängten“ oder exkludierten Bevölkerungsschichten haben. Bedeutsam ist hier auch, dass sich das Gefühl der Statusbedrohung nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf Erfahrungen in der Vergangenheit und antizipierte Bedrohungen in der Zukunft bezieht. Da die Zukunft unter den Bedingungen grundlegender gesellschaftlicher Transformationsprozesse zunehmend kontingent ist, kann davon ausgegangen werden, dass das Gefühl der Statusbedrohung eher wächst. Heitmeyer (2018) weist darauf hin, dass Gefühle der Statusbedrohung nicht nur unmittelbar aus materiellen Verteilungsauseinandersetzungen resultieren, sondern auch daraus, dass grundlegende Mechanismen der sozialen Integration (sozialstrukturelle Dimension, institutionell-partizipatorische Dimension und personale Dimension) durch den autoritären Kapitalismus unter Druck geraten.

Allen aufgezeigten Ansätzen ist gemein, dass sie eine schichtspezifische Perspektive einnehmen und dass sie davon ausgehen, dass die skizzierten Transformationsprozesse des Kapitalismus vor allem im Erwerbskontext und den angelagerten sozialstaatlichen Sicherungssystemen spürbar werden. Es wird deutlich, dass diese Erfahrungen abhängig von der jeweiligen Erwerbsposition und der damit verbundenen sozialen Sicherheit unterschiedlich verarbeitet werden. Diese spezifischen Erfahrungen sind in jeweils unterschiedlicher Weise anknüpfungsfähig an rechtspopulistische Angebote. Insbesondere hinsichtlich der Frage, wie Prozesse der Statusbedrohung durch die Transformation von Erwerbsarbeit und der sozialen Absicherung von Erwerbsarbeit genau entstehen, besteht hier weiterer Forschungsbedarf.

Ansätze, die den Rechtspopulismus vor allem als Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie sehen, betonen hingegen, dass die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht in erster Linie auf dem Feld der Erwerbsarbeit oder ökonomischen Verteilungsaueinandersetzung geführt werden. Sie sehen Rechtspopulismus als Ausdruck einer kulturellen Auseinandersetzung. Vor dem Hintergrund von Globalisierungsprozessen gewinnen Auseinandersetzungen über die Frage, welche Bedeutung regionale und nationale Kontexte für individuelle Wertorientierung, aber auch politische Regulierung haben sollen, zu einer neuen Konfliktlinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen. Kritisch ist hier anzumerken, dass dieses Argumentationsmuster implizit davon ausgeht, dass sich diese Auseinandersetzungen an verschiedene Bereiche der gesellschaftlichen Modernisierung, z. B. der Familien-, der Umwelt- oder der Migrationspolitik adressieren. Explizit wird jedoch meist nur der Einfluss der Ablehnung von Migration analysiert. Diese kann jedoch auch als Ausdruck verteilungspolitischer Auseinandersetzungen interpretiert werden. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf über die Frage, ob sich eine kulturelle gesellschaftliche Spaltung entlang der genannten politischen Felder überhaupt empirisch belegen lässt. Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung (2019) haben beispielsweise gezeigt, dass der Klimawandel in allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen als großes Problem wahrgenommen wird – eine gesellschaftliche Spaltung lässt sich hier zumindest nicht feststellen.

Zudem erscheint es nicht unmittelbar plausibel, warum die kulturellen Auswirkungen der Globalisierung nicht auch entlang der Bruchlinie zwischen Kapital und Arbeit gedeutet werden können, da sich Globalisierungsgewinner*innen- und -verlierer*innen doch im Prinzip nach wie vor entlang dieser Konfliktlinie sozialstrukturell verorten lassen. Tatsächlich haben Globalisierungsprozesse zumindest innerhalb der Nationalstaaten soziale Gegensätze und Ungleichheiten eher noch verschärft (vgl. Zürn 2018). Hinsichtlich der Frage der sozialstrukturellen Anbindung der kulturellen Konflikte besteht an dieser Stelle weiterer Forschungsbedarf.

Literatur

- Burkhardt, Christoph; Grabka, Markus M.; Groh-Samberg, Olaf; Lott, Yvonne; Mau, Steffen (2013): *Mittelschicht unter Druck? Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung.*
- Burzan, Nicole (2014): *Gefühlte Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft?* In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.) (2015): *Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1576), S. 151–161.*
- Decker, Oliver (2018): *Flucht ins Autoritäre.* In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre: rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 15–64.*
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hg.) (2018a): *Flucht ins Autoritäre: rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag.*
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2018b): *Vorwort der Herausgeber.* In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre: rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 9–11.*
- Decker, Oliver; Kies, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara; Brähler, Elmar (2018a): *Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf.* In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre: rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 65–116.*
- Decker, Oliver; Yendell, Alexander; Brähler, Elmar (2018b): *Anerkennung un autoritäre Staatlichkeit.* In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre: rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 157–178.*
- DGB Einblick (2017): *Bundestagswahl 2017: So haben GewerkschafterInnen gewählt. Ausgabe Oktober 2017, S. 2.*
- Dörre, Klaus (2009): *Kapitalismus, Beschleunigung, Aktivierung – eine Kritik.* In: Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa (Hg.): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Unter Mitarbeit von Klaus Dörre. Frankfurt, M.: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1923), S. 181–204.*

- Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. In: Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz und Tino Schlinzig (Hg.): PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick. Bielefeld: transcript (X-Texte), S. 289–274.
- Dörre, Klaus (2017): Nach dem schnellen Wachstum: Große Transformation und öffentliche Soziologie. In: Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel (Hg.): Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 33–67.
- Dörre, Klaus; Bose, Sophie; Lütten, John; Köster, Jakob (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: Berliner Journal für Soziologie 28 (1–2), S. 55–89.
- Dörre, Klaus; Goes, Thomas; Schmalz, Stefan; Thiel, Marcel (2016): Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West. Campus Verlag.
- Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut (2011): Antrag auf Förderung einer Kolleg-Förderinnengruppe der DFG zum Thema Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung, (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften. www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/Forschungsantrag/Forschungskolleg_Vollant_rag_kurz.pdf, zuletzt abgerufen am 24.09.2019.
- Dörre, Klaus; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (2012): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp)
- Hans-Böckler-Stiftung (2019): Klimaschutz und Gerechtigkeit verbinden. Böckler Impuls Ausgabe 11/2019. https://www.boeckler.de/120671_120682.htm, zuletzt abgerufen am 19.02.2020.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp)
- Hilmer, Richard; Kohlrausch, Bettina; Müller-Hilmer, Rita (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern (Forschungsförderung Working Paper).
- Hochschild, Arlie Russell (2018): Strangers in their own land. Anger and mourning on the American right. New York, London: The New Press

- Kohlrausch, Bettina (2018): Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung (Forschungsförderung Working Paper, Nr. 58). https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_058_2018.pdf, zuletzt abgerufen am 19.02.2020.
- Kohlrausch, Bettina (2019): Soziale Ungleichheit und Verunsicherung im Zeitalter der Digitalisierung. In: Bettina Kohlrausch, Christina Schildmann und Dorothea Voss (Hg.): Neue Arbeit – neue Ungleichheiten? Folgen der Digitalisierung. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeitsgesellschaft im Wandel), S. 16–34.
- Kohlrausch, Bettina; Schildmann, Christina; Voss, Dorothea (2019): Neue Arbeit – neue Ungleichheit? In: Bettina Kohlrausch, Christina Schildmann und Dorothea Voss (Hg.): Neue Arbeit – neue Ungleichheiten? Folgen der Digitalisierung. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeitsgesellschaft im Wandel), S. 7–15.
- Koppetsch, Cornelia (2017): Aufstand der Etablierten? Rechtspopulismus und die gefährdete Mitte. In: Soziopolis.
- Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: Transcript Verlag (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft).
- Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm; Rees, Jonas H. (2019): Aufputschen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan (Hg.): Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz, S. 173–202.
- Lengfeld, Holger (2017a): AfD im Aufwind: „Der Gerechtigkeitswahlkampf der SPD war nicht klug“ – SPIEGEL ONLINE – Wirtschaft. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/afd-im-aufwind-der-gerechtigkeitswahlkampf-der-spd-war-nicht-klug-a-1169313.html, zuletzt abgerufen am 12.09.2019.
- Lengfeld, Holger (2017b): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69 (2), S. 209–232.
- Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70 (2), S. 255–273.
- Manow (2018): Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp

- Merkel, Wolfgang (2016): Bruchlinien Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: WZB Mitteilungen (12), S. 11–14.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2682).
- Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (4–5), S. 2–8.
- Reckwitz, Andreas (2018): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Sauer, Dieter; Detje, Richard (2019): Rechtspopulismus im Betrieb. Erscheinungsformen, Hintergründe politischer Umgang. In: WSI Mitteilungen 72 (3), S. 159–167.
- Schroeder, Wolfgang; Greef, Samuel; Elsen, Jennifer ten; Heller, Lukas (2019): Rechtspopulistischer Rechtspopulistische Aktivitäten in betrieblichen Kontexten und gewerkschaftliche Reaktionen. In: WSI Mitteilungen 72 (3), S. 185–192.
- Schröter, Franziska (2019): Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan (Hg.): Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz, S. 11–14.
- Vehrkamp, Robert; Wegschaider, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Zick, Andreas; Berghan, Wilhelm; Morkos, Nico (2019a): Gruppenbezogene Menschen-feindlichkeit in Deutschland 2002–2018/2019. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan (Hg.): Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz, S. 53–116.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm (Hg.) (2019b): Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm (2019c): Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan (Hg.): Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz, S. 15–40.
- Zürn, Michael (2016): Jenseits der Klassenfrage. Neue Konfliktlinien zeigen sich in Europa, der Türkei und Amerika (Heft 154). In: WZB Mitteilungen.

Zürn, Michael (2018): Autoritärer Populismus vs. offene Gesellschaft – eine neue Konfliktlinie? Eine ökonomische, kulturelle und politische Analyse. In: böll.brief.

Zürn, Michael; Wilde, Pieter de (2016): Debating globalization: cosmopolitanism and communitarianism as political ideologies. In: Journal of Political Ideologies 21 (3), S. 280–301.

Es existieren verschiedene Erklärungsansätze für das Erstarren rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen, die sich durchaus voneinander unterscheiden: Ökonomischen Ansätzen ist gemeinsam, dass sie die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen als Ergebnis verschärfter Verteilungsauseinandersetzungen verstehen. Ansätze, die den Rechtspopulismus vor allem als Ausdruck eines kulturellen gesellschaftlichen Konfliktes verstehen, betonen hingegen, dass die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht in erster Linie auf dem Feld der Erwerbsarbeit oder ökonomischen Verteilungsauseinandersetzung geführt werden.
